

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/75

Bonn, den 20. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Auf Kosten deutscher Politik	33

Zu den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien

1	Symbol des Selbstbehauptungswillens	22
---	-------------------------------------	----

Zum Tode von Vairö Tanner

2 - 3	Die Zonengrenze ist und bleibt ein Makel	82
-------	--	----

Von Klaus Rusticus

4	Klärung	43
---	---------	----

Kommunisten für de Gaulle

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND ANGLIEDERUNG bringt heute:

Rivalisierende Feiern in Polen
Offen und öffentlich diskutieren
Vor zwanzig Jahren
Förderungsmaßnahmen des Landes Hessen
Breslau - Handelszentrum für Bernstein
Stettiner Bürger jüdischen Glaubens
Saphire aus Grottkau

+ + +

Auf Kosten deutscher Politik

sp - Es ist nicht zu übersehen: es gibt innerhalb der Unionsparteien starke retardierende Kräfte, die nach tausend Vorwänden suchen, einen höchst unbefriedigenden und gefährlichen Zustand so zu belassen, wie er ist. Da fiel das Wort von einer nun ausgebrochenen gesamtdeutschen Euphorie, auch fehlt es nicht an sicherlich gutgemeinten Warnungen: an die SPD, die Gefahr einer Anerkennung der Zone nicht zu unterschätzen, die darin liege, daß der Regierende von Berlin und Vorsitzender der SED, Willy Brandt, in Chemnitz sprechen werde, falls es dazu kommen sollte. Ist hier die Angstlichkeit nicht zu weit getrieben? Wer so argumentiert, verschließt sich dem Versuch, die Lage der Menschen in der Zone zu erleichtern. Er befürwortet die Politik des Nichtstuns und verschreibt sich einem Wunderglauben. Niemand erwartet von einem innerdeutschen Schlag-austausch die Bekehrung Ulbrichts oder eine Kehrtwendung der bisherigen SED-Politik. Wir haben es mit hartgesottenen Kommunisten zu tun. Es gilt sich mit ihnen vor dem ganzen deutschen Volk auseinander zu setzen. Der Kommunismus ist ja kein Problem der Außenpolitik, wir haben es mit ihm auch als einem Faktor der deutschen Politik zu tun.

Offensichtlich gibt es auch in der SED Strömungen, die diese Auseinandersetzung scheuen und die beiden offenen Antwortschreiben der SPD und das, was sie bisher bewirkten, nicht erwarteten. Es wäre keine gute Sache, ihnen Vorschub zu leisten. Jene Politiker in der CDU, die aus Angst vor dem eigenen Eut die Position des Abwartens vorziehen, beabsichtigen dies gewiß nicht. Doch sie verkennen die Motive der Sozialdemokratie. Die SPD will, wie Herbert Wehner es ausdrückte, verhindern, daß die Bundesregierung infolge ihrer inneren Unsicherheit Deutschland in außenpolitische und innenpolitische Krisen manövriert. Daß diese Unsicherheit besteht, belegt das Geplänkel innerhalb der Koalitionsparteien. Jedoch ohne das Mitengagement aller im Bundestag vertretenen Parteien kann die Bürde nicht erleichtert werden, die wir alle tragen. In diesem Stadium hängt es allein von uns ab, diesen Versuch zu unternehmen, kein anderer kann für uns stellvertretend handeln.

Symbol des Selbstbehauptungswillens - Zum Tode von Vainö Tanner

sp - Die europäische Sozialdemokratie und das finnische Volk haben mit dem Tod von Vainö Tanner eine große Gestalt verloren. Entscheidende Impulse für sein ein halbes Jahrhundert umfassendes Wirken erhielt Tanner durch einen mehrjährigen Studienaufenthalt in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland. Sie brachten ihn in Berührung mit den damaligen Führern der deutschen Sozialdemokratie. Aus dem Studium der Konsumgenossenschaftsbewegung nahm Tanner wertvolle Anregungen mit. Das finnische Volk und die finnische Sozialdemokratie haben ihm unendlich viel zu verdanken. In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen war Tanner, ein entschiedener Gegner der Kommunisten und der Lappo-Faschisten, mehrfach mit Kabinettsämtern betraut. Als Ministerpräsident gab er Finnland sein heutiges modernes Antlitz. In ihm verkörperte sich der Selbstbehauptungs- und Freiheitswille Finnlands, der seine höchste Bewährungsprobe in zwei ihm aufgezwungenen Kriegen mit der Sowjetunion bestand. Moskau setzte diesen aufrechten und unbeugsamen Demokraten auf die Liste der Kriegsverbrecher; mehrjährige Haft konnte den Charakter dieses Mannes nicht zerbrechen. Seine Energie und Ausdauer und die unverbrüchliche Treue zur Demokratie führten Tanner 1957 für mehrere Jahre wiederum an die Spitze der finnischen Sozialdemokratie. Noch vor seinem Tod erlebte er den Wahlsieg seiner Partei. Vainö Tanner hat sich durch sein Wirken für sein Volk und für die Demokratie ein unzerstörbares Denkmal gesetzt.

Die Zonengrenze ist und bleibt ein Makel

Von Klaus Rusticus

Die Polemik, die der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Meyers gegen das zweite offene Antwortschreiben der SPD an die SED richtete, ist nicht geeignet, uns von der Verpflichtung zu entbinden, mit den Machhabern jenseits des Eisernen Vorhangs in Verhandlungen zu kommen, um wenigstens kleine menschliche Erleichterungen durchzusetzen.

Je weiter man von der Zonengrenze in der Bundesrepublik entfernt lebt, desto weniger werden offensichtlich die politischen Kräfte, die gewillt sind, sich nüchtern mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Grenzziehung zu beschäftigen. Die niedersächsische SPD/CDU Regierungskoalition indessen hat die Realität erkannt.

Wirtschafts- und Verkehrsminister Karl Möller (CDU) erklärte jetzt in Hannover: "Mit Unterbrechung der Handels- und Verkehrsbeziehungen nach Mitteldeutschland und der damit verbundenen Umschichtung der Hauptverkehrsströme ist Niedersachsen eine schwere politische Last auferlegt worden!"

Die Auswirkungen der ca. 550 Kilometer langen Zonengrenze schlagen sich in jenem Ostwest-Gefälle nieder, das als der größte wirtschaftliche Makel der Teilung Deutschlands zurückblieb.

Trotz aller Anstrengungen...

Seit Jahren steht die SPD in Niedersachsen in der Regierungsverantwortung. Sie unternahm auch alle Anstrengungen, um dem Ostwest-Gefälle Herr zu werden.

- * In den letzten 15 Jahren stieg in Niedersachsen die Zahl der Industrieeschäftigten um ca. 350 000 auf 770 000.
- * Die Industriedichte erhöhte sich von 62 auf 111 je 1 000 Einwohner.
- * In den letzten 15 Jahren wurden hier ca. 1 300 Industriebetriebe angesiedelt, in denen heute ca. 144 000 Beschäftigte arbeiten.

Wenn von den Industrieansiedlungen mehr als die Hälfte im Zonenrand erfolgten, dann beweist das die zielstrebige Konzeption, einen Ausgleich herbeizuführen. Trotzdem aber, dessen ist man sich in Hannover voll bewußt, konnte der volle Anschluß an den Bundesdurchschnitt noch nicht erzielt werden.

- * Obwohl das Bruttoinlandsprodukt des Landes von ca. 11 Milliarden DM im Jahre 1950 auf rund 45 Milliarden DM im Jahre 1965 stieg, zeigt sich beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eine sich noch immer weiter öffnende Schere (Abstand 1950 rd. 400 DM, 1964 ca. 800 DM).

Solange Wirtschaftsräume an der Demarkationslinie ihrer oft ganz natürlichen mitteldeutschen Absatzräume beraubt bleiben, wird es vor allem in Niedersachsen schwer sein, das erreichte Wirtschaftsniveau zu erhalten oder noch weiter auszubauen. Am Wirtschaftswachstum war schließlich auch der Bund beteiligt, aber daß die bisherige Zonenrandhilfe nicht ausreichte, steht fest.

In eine prekäre Abseitslage gebracht...

Durch die willkürliche Unterbrechung jahrhundertealter Verkehrsbeziehungen wurden zwei Millionen Menschen im niedersächsischen Zonenrandgebiet in eine verkehrliche und wirtschaftliche Abseitslage gebracht. Bei der früher überwiegenden Agrarstruktur bedurfte es und bedarf es noch weiterer Schritte, um eine echte Umstrukturierung zu verwirklichen und die Wettbewerbsposition zu stabilisieren.

Diese nüchternen Feststellungen sollte man zunächst in Bonn erkennen und - davon ausgehend - handeln. Das westliche Schaufenster gegen Osten ist nicht blitzblank, und es wäre eine irrealer Auslegung der politischen Konstellation, wenn man in der Bundesrepublik glaubte, das kommunistische Regime jenseits des Eisernen Vorhangs wüßte dies nicht.

Schließlich ist dieses Ostwest-Gefälle in der Bundesrepublik, ja, in der EWG, Ulbrichts einziger wirtschaftlicher "Gewinn", über den er sich selbst heute noch nach bedeutend größerer Inkaufnahme wirtschaftlicher Verluste durch die Grenzziehung diebisch freuen wird.

Gegen den wirtschaftlichen Isolationismus

Wirtschaftlicher Grenzverkehr im kleinen Radius, wie er sich durch natürliche jahrhundertealte Verbindungen oft nur über kleine Entfernungen entwickelt hat, bedeutet keine Bejahung einer etwaigen Abkehr von der großen Konzeption des Ostwest-Handels.

Ganz abgesehen davon aber erscheinen internationale Aufweichungen im wirtschaftlichen Ostwest-Verkehr so lange schemenhaft, wie es z.B. nicht einmal möglich ist, Agrarprodukte aus dem westdeutschen Zonenrand in das Kreisstädtchen zu liefern, auf dessen Markt früher einmal die heute so betitelten "bundesrepublikanischen Kartoffeln oder Äpfel" reißenden Absatz fanden.

An solch kleinen Erleichterungen an der Zonengrenze zu denken, klingt heute wie ein trauriger Witz. Die unmenschliche Tücke, die der Eisernen Vorhang in sich birgt, ließ selbst den überall an Ländergrenzen blühenden Schmuggel sterben.

Man sollte sich in der Bundesrepublik endlich ernsthaft bemühen, den oft verheerenden wirtschaftlichen Isolationismus besonders im unmittelbaren Bereich der Demarkationslinie aufzuweichen. Der - auf lange Tradition aufbauende - "kleine wirtschaftliche Grenzverkehr" wäre zugleich eine bescheidene Brücke der Menschlichkeit nach drüber, aber auch nach hüber, nach Westdeutschland.

Denn auf westlicher Seite der Demarkationslinie ist heute noch lange nicht alles Gold, was glänzt!

Klärung

Kommunisten für de Gaulle

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Weigerung der Kommunistischen Partei Frankreichs, für den sozialistisch-demokratischen Mißtrauensantrag gegen de Gaulles Außenpolitik zu stimmen, kommt für politische Beobachter der Seine- und Loire nicht überraschend, bestätigt aber doch in eklatanter Weise Gründe und Hintergründe des gaullistisch-kommunistischen Zusammenspiels, nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch in der französischen Innenpolitik.

Dabei muß man bedenken, daß die SFIO und andere Gruppen der Linksdemokraten wohl die NATO-Krise zum Anlaß ihres Mißtrauensvotums machten, sich aber dabei durchaus nicht auf de Gaulles Außenpolitik beschränkten. Der Antrag richtete sich ausdrücklich gegen die ganzen autoritären Methoden des gegenwärtigen Regimes und insbesondere auch gegen die gaullistische Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Den französischen Kommunisten war damit eine Gelegenheit geboten, ihren angeblichen Willen zu einer "Einheitsfront" gegen das autoritäre Regime de Gaulles zu demonstrieren. Sie verzichteten darauf. Schon in den letzten Wochen und Tagen vor der Parlamentsabstimmung erklärten sie in ihrem Zentralorgan "Humanité", daß sie nicht in der Lage seien, gegen die "positiven Aspekte" der gaullistischen Politik Stellung zu nehmen. Mit den "positiven Aspekten" meinen sie de Gaulles Aussage von der NATO und seine Annäherung an die Sowjetunion. Die KPF stellt somit wieder, wie in ihrer ganzen bisherigen Geschichte, die jeweiligen außenpolitischen Bedürfnisse des Krewl über die innenpolitischen Notwendigkeiten der französischen Demokratie. Linksgerichtete Franzosen, die in letzter Zeit an eine Läuterung der KPF in liberaler oder wenigstens nationalkommunistischer Richtung glaubten, sind wieder um einige Illusionen ärmer.

Darüber hinaus hat die französische Parlamentsdebatte der letzten Tage überhaupt zur Klärung auch in anderen politischen Lagern beigetragen. SFIO und Linksdemokraten sind innerhalb der neugegründeten sozialistisch-demokratischen Föderation einander nähergekommen. Die Auseinandersetzung zwischen Mollet und Defourre innerhalb der SFIO hat dazu beigetragen. Wohl blieb der Marseiller Bürgermeister auf der Parteikonferenz am letzten Wochenende in Clichy in der Minderheit, sein Drängen auf beschleunigte Föderierung der linksdemokratischen Parteien und Gruppen fand jedoch in den Entschließungen der Mehrheit ihren Niederschlag.

Dank kommunistischer Hilfe kann de Gaulle seinen außen- und innenpolitischen Weg bis auf weiteres ungestört fortsetzen. Die demokratische Opposition Frankreichs weiß, daß sie nur auf ihre eigenen Kräfte zählen kann.